



München, 16.09.2020

SPD will soziales Digitalpaket für Bayerns Schülerinnen und Schüler

250.000 Endgeräte reichen nicht für 1,7 Millionen Schüler - mehr Angebote für mehr individuelle Förderung zum Schließen von Lücken

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr** hat sich im Rahmen der Klausurtagung für ein soziales Digitalpaket für Bayerns Schülerinnen und Schüler ausgesprochen. Damit soll sichergestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte über Internetanschluss und digitales Endgerät verfügen. "Viele Kinder besitzen weder Computer noch ein Tablet und können daher nicht am Distanzunterricht teilnehmen, sollte dieser notwendig werden", erklärt Strohmayr. Die 250.000 Notebooks, die nun angeschafft werden, seien ein erster Schritt, aber angesichts von 1,7 Millionen Schülerinnen und Schülern viel zu wenig. "Durch die Schulschließungen ist deutlich geworden, dass Bayern noch lange nicht so weit ist, dass die Standards für digitales Lernen erfüllt sind. Leider trifft das sowohl auf die Technik als auch auf die Pädagogik zu", bedauert Strohmayr. Die Abgeordnete fordert zudem, dass die Computer künftig unter die Lernmittelfreiheit fallen sollen. Damit ist der Freistaat dauerhaft verpflichtet, die Computer zu finanzieren, so wie das bei den Schulbüchern schon lange der Fall ist. "Dafür muss das Schulfinanzierungsgesetz geändert werden, um die Digitalisierung wirksam umsetzen zu können", erklärt die schwäbische Abgeordnete.

Bildungssprecherin **Margit Wild** legt ein besonderes Augenmerk auf die individuelle Förderung. "Im Lockdown hatten einige Kinder zu wenig Bildungsangebote. Sie brauchen jetzt individuelle Förderung, denn das Schuljahr 2020/21 darf kein verlorenes Schuljahr für sie werden." Wild schlägt Förderpräsenzunterricht in kleinen Gruppen und im Ganztags vor. Weiter möchte die Regensburger Bildungspolitikerin die multiprofessionellen Teams erweitern. "Gerade in Krisenzeiten gewinnt die Unterstützung durch Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter, Sozialpädagogen oder Psychologen an Bedeutung", sagt Wild, die sich auch dafür einsetzt, die Anwerbung von pädagogischem Personal zu verstärken und Befristungen der Arbeitsverträge

aufzuheben. "Die jetzt vorgesehenen Befristungen sind keine guten Arbeitsbedingungen", erklärt die Regensburger Abgeordnete.